Bundesanwaltschaft ermittelt gegen Ditib

19. Januar 2017

Berlin/Karlsruhe (KNA) Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen Spionageaktivitäten im bundesweiten Dachverband der türkischen Moscheegemeinden (Ditib). Es seien Ermittlungen gegen Unbekannt aufgenommen worden, bestätigte eine Sprecherin der Behörde am Mittwoch Angaben des Grünen-Politikers Volker Beck. Beck erklärte, jetzt müsse geklärt werden, ob es in der Zwischenzeit eine Ausreise Tatverdächtiger wegen der späten Aufnahme von Ermittlungen gegeben habe. Er, Beck, habe bereits im Dezember Anzeige beim Generalbundesanwalt erstattet. Im Raum steht der Vorwurf, dass einzelne Ditib-Imame Informationen über Anhänger des im USamerikanischen Exil lebenden Predigers Fethullah Gülen an die türkische Regierung weitergeleitet hätten. Die Anordnung dazu soll von der türkischen Religionsbehörde Diyanet stammen, die auch für die Ditib zuständig ist. Zuletzt wies Ditib-Generalsekretär Bekir Alboga Berichte zurück, wonach er die Spitzel-Vorwürfe bestätigt habe. Davor hatte er im Zusammenhang mit der möglichen SpionageTätigkeit von Imamen von einer bedauerlichen Panne gesprochen. Bei einer Fragestunde im Bundestag erklärte Innenstaatssekretär Ole Schröder (CDU), die Bundesländer müssten prüfen, ob Ditib die Voraussetzung für eine Religionsgemeinschaft erfülle. Die Bundesregierung werde das Verfahren beobachten und ihre Schlussfolgerungen daraus ziehen. So müsse möglicherweise auch untersucht werden, ob der Sonderstatus, den Imame genössen, gerechtfertigt sei. Die Gülen-Bewegung gilt in der Türkei als Staatsfeind. Präsident Recep Tayyip Erdogan macht sie für den gescheiterten Putsch im Juli 2016 verantwortlich. Ditib ist der größte islamische Verband in der Bundesrepublik. Gegründet 1982 als Verband von zunächst 15 Moscheen, gehören ihm inzwischen rund 900 Ortsgemeinden an.

(KNA – rklls-89-00147)

Stand: 27. November 2026